

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Thomae, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Werald Ullrich, Sandra Weeser, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Hermann Otto Solms, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg und der Fraktion der FDP

Zustand der Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln

Die Bundespolizei in Deutschland trägt wesentlich zur Sicherheit in unserem Land und unserer Gesellschaft bei. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Dienststellen der Bundespolizei in einem ordentlichen Zustand sind und die Polizistinnen und Polizisten unter angemessenen Bedingungen arbeiten können.

Zwei Kleine Anfragen der FDP-Bundestagsfraktion zu den Zuständen von Dienststellen der Bundespolizei haben aber deutlich gemacht, dass durchaus Mängel an und in Dienststellen in Deutschland aufzufinden sind (Bundestagsdrucksache 19/12898 und Bundestagsdrucksache 19/20339). Ein besonderer Fall liegt bei der Bundespolizeiwache in Hagen vor. Probleme bestehen hier vor allem auf Grund von Feuchtigkeit und sogar Ratten, die teilweise in das Gebäude eindringen (vgl. Westfalenpost, „Rattenproblem vor Polizeiwache“ vom 14. Juli 2020). Nachdem die Gewerkschaft der Polizei über die desaströsen Zustände dort berichtet hatte, hat die FDP-Fraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, um mehr zu den Hintergründen herauszufinden und zu hinterfragen, wie die Bundesregierung plant, diese Zustände zu verbessern (Bundestagsdrucksache 19/20339). Die Antwort auf die Kleine Anfrage wirft weitere Fragen auf, da die Bundesregierung nach Ansicht der Fragesteller kaum Kenntnis über den Zustand der Bundespolizeiwache zu haben scheint und bisher nur wenige Maßnahmen durch die Bundesregierung oder die Deutsche Bahn, die Eigentümerin der Immobilie ist, zur Verbesserung der Situation durchgeführt wurden (vgl. Westfalenpost, „Rattenproblem vor Polizeiwache“ vom 14. Juli 2020).

Die Fragesteller wollen vor diesem Hintergrund gerne wissen, wie die Zustände der Dienststellen der Bundespolizei in anderen Städten, insbesondere in im Regierungsbezirk Köln, aussehen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Mindestanforderungen müssen Räumlichkeiten zur Unterbringung von Dienststellen der Bundespolizei erfüllen?

2. Gibt es Vorgaben für eine maximale Mietpreishöhe für Räumlichkeiten zur Unterbringung von Dienststellen der Bundespolizei und wird diese maximale Mietpreishöhe an lokale Mietpreise angepasst?
3. Wie viele Dienststellen der Bundespolizei gibt es im Regierungsbezirk Köln und wo befinden sich diese?
 - a) Wie viele der Immobilien gehören der Deutschen Bahn AG?
 - b) Wie viele der Immobilien sind Bundeseigentum?
4. Wie alt sind die ältesten Räume, in denen eine Dienststelle der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln untergebracht ist und wo befinden sich diese?
5. Wie alt sind die jüngsten Räume, in denen eine Dienststelle der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln untergebracht ist und wo befinden sich diese?
6. Verfügen alle Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln über Wasch-, Toiletten- und Umkleieräume?
 - a) Wird in allen Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln, die über Wasch-, Toiletten- und Umkleieräume verfügen, eine Geschlechtertrennung gewährleistet (bitte für jeden der drei Raumtypen aufgelistet nach Dienststelle)?
 - b) Welche Dienststellen verfügen mit welcher Begründung über keine Wasch-, Toiletten- und Umkleieräume?
 - c) Gibt es Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln, die nur über Wasch- oder Toiletten- oder Umkleieräume verfügen?
7. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse über die hygienischen und baulichen Zustände der einzelnen Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln vor?

Wenn ja, wie bewertet sie die Zustände (bitte aufgelistet nach Dienststelle)?

Wenn nein, wem liegen diese Kenntnisse vor?
8. Liegen der Bundesregierung Kenntnisse über Fälle von Ungezieferplagen in oder vor Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln vor (bitte aufgelistet nach Dienststelle)?
9. Wie oft werden die hygienischen und baulichen Zustände der Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln durch die Bundespolizeidirektionen und/oder Bundespolizeiakademie kontrolliert?

Welche zuständigen Stellen kontrollieren darüber hinaus die Zustände der Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln und wie oft?
10. Wann wurden die hygienischen und baulichen Zustände der einzelnen Dienststellen das letzte Mal kontrolliert (bitte aufgelistet nach Dienststelle und Zeitpunkt der Kontrolle und durchführender Stelle)?
11. Werden die Dienststellen der Bundespolizei im Regierungsbezirk Köln in regelmäßigen Abständen saniert, renoviert und instandgehalten (einschließlich Schönheitsreparaturen)?

Wenn ja, wie oft?

Wenn nein, wie wird der angemessene Zustand der Dienststellen sichergestellt?

12. Wie viel Geld steht im Regierungsbezirk Köln pro Jahr für die Sanierung, Renovierung und Instandhaltung der Dienststellen der Bundespolizei zur Verfügung?
13. Welche baulichen Maßnahmen wurde an welchen Dienststellen in den Jahren 2010–2020 zu welchen Kosten durchgeführt (bitte aufgelistet nach Jahr, Dienststelle und Maßnahme)?
 - a) Wie viele dieser Maßnahmen wurden durch die Deutsche Bahn AG in Auftrag gegeben?
 - b) Wie viele dieser Maßnahmen wurden auf Grund eines wachsenden Personalstands durchgeführt?
 - c) Wie viele dieser Maßnahmen wurden auf Grund eines unzureichenden hygienischen oder baulichen Zustands durchgeführt?

Berlin, den 14. August 2020

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.